



„Die Schotten bleiben dicht!“

von Klaus F. Zimmermann *

Pünktlich zum fünfjährigen Jubiläum der Osterweiterung der Europäischen Union haben die Regierungen Berlins und Wiens angekündigt, den Zugang für Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern des Jahres 2004 (Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakei) bis 2011 weiter zu beschränken. Damit bekräftigen beide Länder ihre Isolationspolitik, denn die anderen europäischen Staaten haben längst den gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt realisiert. So ist diese Entscheidung der deutschen und der österreichischen Regierung ein unverfrorener Akt, getrieben aus vordergründig nationalem Egoismus, aber sie ist fatalerweise auch ein eleganter Schuss ins eigene Bein.

Zu Recht ist in der Europäischen Union Unruhe über diese „Schotten-dicht-Politik“ entstanden. Zuletzt hatte EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla in der letzten Woche die vollständige Öffnung aller Arbeitsmärkte gefordert. Und die tschechische EU-Ratspräsidentschaft hat beide Länder für ihre restriktive Arbeitsmarktpolitik kritisiert. Diese Proteste zeigen, dass Verweise auf die Gefahren eines Brain Drains für Sendeländer ohne jede Basis sind. Auch belegen die bisherigen Erfahrungen in der EU, dass eine Öffnung weder Horden an zuwandernden Sozialhilfeempfängern noch an unqualifizierten Arbeitnehmern hervorbrachte. So ist die Entscheidung ein protektionistischer Akt, der nicht nur zu normalen Zeiten ein Schlag ins Gesicht für eine Politik offener europäischer Märkte ist. In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist eine solche Politik brandgefährlich. Die bevorstehenden Europawahlen und die Bundestagswahl im Herbst sind keine Entschuldigung.

Die „Schotten-dicht-Politik“ schadet auch dem Verursacher. Durch sie hat Deutschland in den letzten Jahren Zuströme an wirtschaftlich Aktiven aus den Beitrittsländern nicht vermeiden können, sondern es hat nur weniger an dringend benötigten Fachkräften erhalten. Das Qualifikationsniveau der Zuwanderer hat deutlich abgenommen. Die Wirtschaftskrise böte den Regierungen Deutschlands und Österreichs die Chance, ihre verfehlte Migrationspolitik zu korrigieren. Denn die international präsenten Fachkräfte aus den Beitrittsländern positionieren sich jetzt mit langfristigen Konsequenzen neu.

Die fortgesetzte Einschränkung der Freizügigkeit muss begründet werden. Entsprechende Anträge der beiden Länder werden derzeit in der EU-Kommission geprüft. Angesichts der relativ stabilen Arbeitsmarktlage in beiden Ländern und der erwiesenen Vorzüge flexibler Arbeitsmärkte spricht nichts für weitere Restriktionen. Solidarität und Eigennutz gehen zusammen. Die EU muss deshalb das deutsche und österreichische Anliegen zurückweisen. Die Entscheidung liegt jetzt bei Brüssel.

* Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredation

Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.